

MEDIENINFORMATION

„Aus reinen Machtgedanken wird die solidarische Gesundheitsversorgung zerstört“

Burgenlands Ärztekammer-Präsident Dr. Christian Toth äußert scharfe Kritik an gesundheitspolitischen Reformplänen.

„Das ist inakzeptabel, ein Schlag gegen ein, wenn auch verbesserungsfähiges, so doch insgesamt bewährtes, solidarisches Gesundheitssystem. Wir werden nicht tatenlos zusehen, sondern Maßnahmen ergreifen.“ Mit diesen deutlichen Worten reagiert Dr. Christian Toth auf die geplanten gesundheitspolitischen Reformen der Regierung. Der Präsident der burgenländischen Ärztekammer befürchtet eine Aushöhlung, ja gar Abschaffung der Sozialpartnerschaft, eines Systems der Zusammenarbeit großer Interessensverbände, um das Österreich international vielfach beneidet wird.

Nach den der Ärztekammer erst seit kurzem vorliegenden Entwürfen planen Bund, Länder und Sozialversicherungsträger bei einer ganzen Reihe von Gesetzen (u.a. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), Ärztegesetz, Apothekengesetz und Krankenanstaltengesetz), die für den Gesundheitsbereich relevant sind, Änderungen. Diese sollen im Eiltempo durchgepeitscht werden. Ein Input der ärztlichen Standesvertretung ist offensichtlich nicht erwünscht, es ist auch kein Begutachtungsverfahren vorgesehen.

Einzelverträge mit Sondervereinbarungen

Die Kassen könnten künftig trotz aufrechem Gesamtvertrag mit jedem Vertragsarzt ohne Zustimmung der Ärztekammer vom Gesamtvertrag abweichende Honorare, Leistungen, Ordinationszeiten etc. vereinbaren. Toth: „Der einzelne Vertragsarzt muss dann allein mit dem Monopolisten Kasse verhandeln.“ Ein Ausbremsen der Ärztevertreter würde das System nur verschlechtern: „Das Gleichgewicht zwischen Sozialversicherung als Zahler und Ärztekammer als Vertreter der Leistungserbringer soll ausgehebelt werden. In Zukunft soll die Sozialversicherung allein die Bedingungen der Ärzteschaft festlegen können!“, erklärt Toth. Damit würde auch die solidarische Gesundheitsversorgung ausgehöhlt werden.

Es gehe aber nicht nur um die Kassenärzte, die Gesetzesvorschläge hätten auch massive Auswirkungen auch auf Wahl- und Spitalsärzte, wie Burgenlands Ärztekammerchef betont. Sorgen bereitet der Standesvertretung zudem eine E-Card- und ELGA-Pflicht für Wahlärzte schon ab 2026. Des weiteres sollen Ärzte künftig nur noch Wirkstoffe und nur noch in Ausnahmefällen konkrete Medikamente verschreiben dürfen.

Keine Mitsprache für die Ärzteschaft

Bei der Planung und Weiterentwicklung der Kassenarztstellen sowie der bei der Gründung von Ambulatorien soll die Standesvertretung der Ärzte ebenfalls ihrer Mitgestaltungsmöglichkeit beraubt werden. Stattdessen sollen Sozialversicherungen und Land allein entscheiden, wo welche Stellen geschaffen werden und welche Versorgungsaufträge die Ärzte haben. Bei Ambulatorien steht zu befürchten, dass die Kasse eigene Einrichtungen im großen Stil pushen möchte und so die Kassenärzte konkurrenzieren werde. Auch würde mit den Reformen gewinnorientierter Konzernmedizin Tür und Tor geöffnet.

Der Präsident der Ärztekammer Burgenland fürchtet Abwanderung von Ärzten bzw. dass diese verstärkt in die Privatmedizin flüchten werden. Die Folge: Immer mehr Patienten werden dann für die ärztliche Leistung zahlen müssen oder in die überfüllten Spitalsambulanzen flüchten, sodass letztendlich auch die Spitalsärzte, die jetzt schon am Limit arbeiten müssen, von der Reform zusätzlich belastet werden. Kurzum, der niedergelassene Bereich und die wohnortnahe Versorgung werden geschwächt und die Spitäler zusätzlich belastet. Somit würde mit den geplanten Reformen genau das Gegenteil von dem erreicht, was die Politik seit Jahren propagiert.

Flucht in Privatmedizin?

„Aus reinen Machtgedanken der Sozialversicherung und der Politik wird die solidarische Gesundheitsversorgung zerstört, Ärzte und Patienten werden in die Privatmedizin flüchten müssen“, meint Präsident Toth. Ärzte würden zu Bittstellern degradiert, die Sozialversicherung hätte dann sämtliche Hebel in der Hand, Verträge nach ihren Wünschen zu erpressen. Die Standesvertreter wollen nun versuchen, das Schlimmste doch noch zu verhindern und gegebenenfalls auch Maßnahmen ergreifen.

Auch die bundesweite Standesvertretung ist ebenso entsetzt wie entschlossen: „Die Politik will sich offensichtlich nicht mit unseren Argumenten auseinandersetzen“, sagt Dr. Johannes Steinhart, Präsident der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK). „Wir Ärztinnen und Ärzte sind an der vordersten Front der Gesundheitsversorgung aktiv und wissen, was gut funktioniert und was nicht. Dass die Politik auf dieses Wissen verzichtet, ist mehr als nur befremdlich.“ Dies werde man nicht akzeptieren. ÖÄK-Vizepräsident Dr. Edgar Wutscher stellte indes in Aussicht, dass man den Gesamtertrag mit der Gesundheitskasse kündigen werde, wenn denn die Politik der Standesvertretung ihr Mitspracherecht wegnimmt. Letzterer wäre mit der Schaffung von Einzelverträgen mit Sondervereinbarungen ohnehin obsolet. In einem vertragslosen Zustand müssten Patienten dann direkt beim Arzt zahlen.

Eisenstadt, 10.11.2023

Ärztekammer für Burgenland

PermayerstraÙe 3, 7000 Eisenstadt

Tel. +43 2682 62521, Fax DW 90

Mail office@aekbgld.at, DVR 0735710